

# Dezember 2021

PM vom 14.12.2021

## **LINKE kritisiert fehlendes Eingreifen der Ordnungskräfte bei Pegida-Demo**

Am vergangenen Sonntag hat die rassistische Pegida-Bewegung in Duisburg demonstriert. Dabei wurden Abstandsgebote sowie das Tragen von Masken nicht beachtet, ohne dass die Ordnungskräfte eingriffen.

Hierzu erklärt Mirze Edis, Ratsherr der Linksfraktion Duisburg: „Ich war am Sonntag selbst vor Ort und habe mich im Zuge der Gegendemonstration den Pegida-Demonstranten entgegenstellt. Wie immer haben die rechtsradikalen Demonstranten ihr rassistisches Gedankengut verbreitet. Doch diesmal ging es auch ganz explizit um die Corona-Politik und die damit einhergehenden Maßnahmen, wie eine potentielle Impfpflicht und die Maskenpflicht. Mit Transparenten und Redebeiträgen haben die Pegida-Teilnehmer deutlich gemacht, dass sie die Corona-Schutzmaßnahmen ablehnen und auch die Maskenpflicht nicht akzeptieren wollen. Dabei haben die ca. 50 Pegida-Teilnehmer dann auch keinerlei Abstandsregeln beachtet und Masken wurden ebenfalls nicht getragen. Die vor Ort anwesende Polizei und auch die Mitarbeiter des Ordnungsamtes haben nicht eingegriffen und die Demonstranten gewähren lassen. Nachdem ich auf diese Situation aufmerksam geworden bin, habe ich persönlich mit den örtlichen Polizeikräften gesprochen. Ich habe sie darauf aufmerksam gemacht, dass massenhaft gegen Corona-Schutzmaßnahmen verstoßen wird und sie aufgefordert, entsprechend einzugreifen. Doch geschehen ist gar nichts. Weder die Polizei noch das Ordnungsamt haben für die Umsetzung der Corona-Schutzmaßnahmen gesorgt. Dies hat bei sehr vielen Demonstranten zu großem Unmut geführt und stärkt nicht unbedingt das Vertrauen in die Ordnungskräfte. Deutschlandweit gehen momentan tausende, teilweise gewaltbereite, Querdenker auf die Straße und demonstrieren gegen die aktuelle Corona-Politik. Hier dürfen die Ordnungskräfte nicht weg schauen, wenn bewusst gegen Maßnahmen verstoßen wird, die dem Schutz der gesamten Bevölkerung - insbesondere der vulnerablen Gruppen - dienen. Wir werden dieses Thema sowohl im Polizeibeirat als auch im Ausschuss für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten weiter verfolgen.“

PM vom 21.12.2021

## **LINKE kritisiert Koalitionsvertrag**

Der Koalitionsvertrag der neuen Ampelregierung war bei vielen Hartz IV-betroffenen Menschen mit der Vorstellung verbunden, dass sich deren Situation verbessert. Vollmundig wurde angekündigt, dass Hartz IV überwunden werden soll.

Hierzu erklärt Carmen Hornung-Jahn, sozialpolitische Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE: „In Duisburg leben nach wie vor ca. 70.000 Grundsicherungsabhängige (unter anderem Hartz IV-Betroffene). Die Ankündigung der Ampel-Koalitionäre, anstatt Hartz IV

ein Bürgergeld einzuführen, hat bei vielen Betroffenen die Hoffnung geweckt, dass sie endlich dem repressiven Hartz-System entrinnen können. Doch neben einigen wenigen Verbesserungen, u.a. in Bezug auf das Schonvermögen, hat sich die Situation von Langzeitarbeitslosen kaum verändert. Ganz im Gegenteil. Die Ampel hat außer einer Umetikettierung nichts für Grundsicherungsabhängige getan. Dadurch, dass die Regelsätze um weniger als die Inflationsrate steigen, stehen die Betroffenen unter der Ampel sogar schlechter dar, als unter der GroKo.

Detlef Hertz, sachkundiger Einwohner im Duisburger Sozialausschuss, ergänzt: „Für Hartz IV-Betroffene werden zwar vereinzelt Wünsche nach beruflicher Weiterbildung und Qualifizierung statt Vermittlung in prekäre Arbeit stärker berücksichtigt, aber die beiden Grundprinzipien des Hartz IV-Systems, nämlich der extrem niedrige finanzielle Regelsatz und die repressiven Sanktionen mit bis zu 30 % Abzug von diesem Regelsatz, bleiben bis auf Weiteres erhalten. Damit bleibt der existenzielle Druck zur Aufnahme auch von prekärer Arbeit bestehen, wodurch die Verhandlungsposition vieler Arbeitnehmer(innen) gegenüber ihren Arbeitgebern denkbar schlecht ist.“

Hornung-Jahn bemerkt: „Sozialpolitisch ist der Koalitionsvertrag eine große Enttäuschung. Gerade hier bei uns in Duisburg wäre es ein wichtiges Signal gewesen, die Schwächsten der Gesellschaft zu entlasten, finanziell besser auszustatten und den psychischen Druck auf die Betroffenen abzumildern. Leider interessiert sich die Ampel ebenso wenig für Hartz IV-Bezieher wie die Vorgängerregierung. Sozialpolitisch müssen wir uns also auf vier verlorene Jahre einstellen.“

# Januar 2022

PM vom 17.01.2022

## **LINKE fordert mehr Sicherheit für Fahrradfahrer\*innen**

Am Mittwoch entscheidet die Bezirksvertretung (BV) Hamborn in 2. Lesung über den geplanten Ausbau der Kaiser-Friedrichs-Straße zwischen Schlachthofstraße und Am Bischofskamp in Röttgersbach.

Herbert Fürmann, Bezirksvertreter und verkehrspolitischer Sprecher der Linksfraktion, erklärt: „Die Stadt will hier die Parkplätze auf die maroden und zu schmalen alten Bordsteinradwege verlegen und stattdessen 1,5 Meter breite Schutzstreifen für den Radverkehr auf der neuen Fahrbahn anlegen. Diese bekommen auch noch einen 50 cm breiten Sicherheitsabstand zu den parkenden Autos. Das ist für den Radverkehr sicherlich ein Fortschritt, denn bisher werden Radfahrende direkt auf der Beifahrerseite an den Autos vorbeigeführt, also durch die sogenannte 'Dooring-Zone'.“

In der letzten Sitzung hat DIE LINKE einen Prüfantrag eingebracht, der zur jetzigen Neubefassung in der BV geführt hat. Hierbei schlug Fürmann von der LINKEN vor, das Parken ganz von der Straße auf die Nebenanlage zu verlagern, statt des sog. „einhüftigen“ Parkens mit zwei Rädern auf der Fahrbahn. Damit gewönne man insgesamt 1,5 Meter mehr Raum, damit Autofahrer beim Überholen von Radfahrern den vorgeschriebenen

Seitenabstand besser einhalten könnten. Fürmann warnt: „Ich sehe hier ein nicht unerhebliches Gefahrenpotenzial. Wenn Autofahrer auch bei Gegenverkehr Radfahrende überholen, geschieht dies bei der geplanten Fahrbahnbreite auf jeden Fall mit zu wenig Seitenabstand.“ Das sei zwar nach der geltenden Rechtsprechung und auch nach der neuen StVO verboten, werde aber leider nicht überwacht und geahndet, meint der Bezirksvertreter der Linken.

In der letzten Woche gab es einen Ortstermin mit der Verwaltung, wobei diese klarstellte, dass die Planung regelkonform sei. Das bestreitet auch Fürmann nicht: „Aber man hätte hier bei dem anstehenden Umbau für bessere Verhältnisse sorgen können. Selbst ein von einem Verkehrsplaner begutachtetes Schreiben des ADFC Duisburg quittierten die Verwaltungsvertreter nur mit einem milden Lächeln.“

Auch die ablehnenden Begründungen der Verwaltung könnten nur wenig überzeugen. So wurde damit argumentiert, dass PKW nicht über Gehwegplatten fahren könnten, da diese davon brechen würden. Dabei wird und wurde solches Gehwegparken auf den Platten an anderen Stellen in der Stadt erst kürzlich umgesetzt oder großflächig geduldet, auch beim letzten Bauabschnitt der Kaiser-Friedrich-Straße östlich der Schlachthofstraße. Und das, ohne das der Belag besonders leide. In einem Teilbereich der jetzigen Maßnahme sei das ebenfalls so vorgesehen.

Die Linke appelliert hier noch einmal an die Verwaltung, den Verkehr nach dem Umbau so sicher wie möglich zu gestalten, auch wenn dadurch ein paar Stellplätze am Straßenrand wegfallen müssen.

PM vom 19.01.2022

## **LINKE kritisiert Aussagen der Duisburger FDP zur Schulpolitik in Pandemiezeiten**

„Ein solcher Realitätsverlust macht mich betroffen“, sagt die schulpolitische Sprecherin Der LINKEN, Barbara Laakmann, zu dem Artikel „FDP: Schulen möglichst geöffnet lassen“. „In welcher Welt lebt die FDP eigentlich? Lesen sie nicht die täglichen Berichte über die vielen Schwierigkeiten, Pannen, Ausfälle, wie z.B. viele gleichzeitig ausfallende Lehrkräfte?“

„Tatsache ist, dass das unbeirrte Festhalten der Ministerin an Präsenzunterricht die an Schule Beteiligten täglich vor neue Herausforderungen stellt. Nun mag man meinen, das sei eben der Pandemie geschuldet, auf die keiner vorbereitet war. Sie dauert nun aber schon 2 Jahre, in denen die Ministerin offenbar nicht gelernt hat, die komplexe Situation der Schulen in den Blick zu nehmen und den Sachverstand der Betroffenen angemessen zu nutzen“, so die wenig schmeichelhafte Beurteilung von Laakmann.

DIE LINKE macht darauf aufmerksam, dass es mehrere Konzepte zur Verkleinerung der Lerngruppen gibt, die allerdings keinerlei Berücksichtigung finden bei der liberalen Schulministerin Yvonne Gebauer.

„Schulleitungen, Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler hoffen nur noch auf ein Ende dieses Dilettantismus nach der Wahl in NRW im Mai 2022“, schließt Laakmann.

PM vom 21.01.2022

## **LINKE fordert stadtweite Klimagerechtigkeit statt Leuchtturmprojekte**

Wie aus der Presse zu erfahren war, möchten das Unternehmen Haniel, die Stadt und weitere Partner Ruhrort bis 2029 zum ersten umweltneutralen Quartier der Welt machen. Für DIE LINKE ist es prinzipiell begrüßenswert und wichtig, dass sich Akteure aus der Stadtgesellschaft für Klimaschutz engagieren. Kritisch äußert sich DIE LINKE dennoch. Erkan Kocalar, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, gibt zu bedenken: „Nur die Wenigsten werden ein Milliardenunternehmen in ihrem Stadtteil haben, das lokale Klimaschutzpläne verfolgt. Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sollte gleichermaßen von Staat und Zivilgesellschaft verfolgt werden. Aber die Kommune muss die Konzepte haben, die Umsetzung organisieren und die Verantwortung tragen.“

Für DIE LINKE stellt sich die Frage, was mit „umweltneutraler Stadtteil bis 2029“ eigentlich genau gemeint ist. Kocalar erklärt: „Bisher hatte die Verwaltung weder einen konkreten Plan, wie und bis wann sie Klimaneutralität erreichen möchte, noch hat sie konkrete Maßnahmen umgesetzt. Sollte das Vorhaben eines umweltneutralen Stadtteils Ruhrort bis 2029 mehr als ein Marketingcoup von Haniel zur eigenen Imagepflege sein, müssten der motorisierte Individualverkehr und der Schwerlastverkehr aus dem Stadtteil verbannt und nahezu alle Häuser in Ruhrort energetisch saniert werden. Wir sind gespannt auf die Pläne und begleiten das Projekt mit großem Interesse.“

Für DIE LINKE ist eine schlüssige Strategie seitens der Verwaltung für eine klimagerechte Stadtentwicklung bisher nicht erkennbar. Kocalar erwähnt: „Auf der einen Seite werden in Ruhrort ein neues Terminal und auf der Mercatorinsel Hallen gebaut, wodurch die Verkehrs- und CO<sub>2</sub>-Belastungen weiter zunehmen werden. Auf der anderen Seite präsentiert der Oberbürgermeister denselben Stadtteil als erstes umweltneutrales Quartier der Welt 2029. Umweltpolitische Aspekte, die damals gegen eine Bebauung der Ruhrorter Mercatorinsel sprachen, wurden vom Oberbürgermeister Link mit dem Verweis auf die Schaffung von Arbeitsplätzen rigoros weggewischt.“ Der Aufhebung des Bebauungsplanes, der dem Bau der Halle den Weg ebnete, hatte DIE LINKE in der Ratssitzung am 1. Februar 2017 im Gegensatz zu SPD, CDU und Grünen nicht zugestimmt.

„Bisher haben Verwaltung sowie SPD und CDU nahezu alle klimarelevanten Anträge der anderen Fraktionen blockiert“, erinnert Kocalar. Mit Erstaunen nahm DIE LINKE Aussagen in dem Artikel zur Kenntnis, dass mit Hilfe von Bebauungsplänen klimapolitisch Einfluss auf Projekte genommen werden kann. Denn im Rat wurde bspw. ein Antrag der Linksfraktion von allen Parteien und dem Oberbürgermeister abgelehnt mit der Begründung, dass die Forderung nach Niedrigenergiehaus-Standards in Bebauungsplänen nicht möglich sei.

„Klimaschutzpolitik und Duisburg, das passt bisher nicht zusammen. Projekte zum Klimaschutz werden in Duisburg nur umgesetzt, wenn finanzielle Mittel von Bund oder Land fließen oder wenn sie von privater Seite aus initiiert werden. Erinnert sei an die Millionenspende von ThyssenKrupp an die Stadt, womit die sehr erfolgreich arbeitende Energieberatungsstelle 'KlimaTisch' von 2003 bis 2011 finanziert wurde. Als das Geld aufgebraucht war, wurde das Projekt beendet“, so Kocalar.

DIE LINKE fordert einen umfassenden Klimaschutzplan für die ganze Stadt inkl. des Verkehrs, des gesamten Duisburger Gebäudebestandes und der Industrie. Kocalar bekräftigt: „Um unseren Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels zu leisten, muss die gesamte Stadt bis 2035 klimaneutral sein. Wichtiger als Leuchtturmprojekte sind ganzheitliche, stadtweite und umsetzbare Klimaschutzansätze, der politische Wille und die finanziellen Mittel. Bisher mangelt es jedoch an allen dreien. Keine guten Aussichten für ein klimafreundliches Duisburg.“

# Februar 2022

PM vom 01.02.2022

## Senkung der Kitagebühren war überfällig

Am gestrigen Montag, den 31.1.2022 beschloss der Jugendhilfeausschuss Duisburg eine neue Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Kinderbetreuung in Duisburg. Vorausgegangen war ein gemeinsamer Antrag von SPD und Grünen, der im Fachausschuss eine breite Mehrheit fand.

Diese sieht u.a. die Erhebung von Elternbeiträgen erst ab einem Jahreseinkommen für Eltern ab 25.000 Euro vor. In neu gestaffelten Stufen der Jahreseinkommen bis zu 200.000 Euro werden die weiteren Elternbeiträge festgelegt. Bei den höheren Einkommen ab 25.000 Euro verringern sich die Elternbeiträge im Verhältnis zur alten Satzung um 10% für das Kindergartenjahr 2022/23 und werden sich für das Kindergartenjahr 2023/24 noch einmal um 10 % verringern.

Dazu nimmt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Jugendhilfeausschuss M. Ammann-Hilberath Stellung: „Endlich bewegt sich etwas bei den Elternbeiträgen in die richtige Richtung. Unsere Fraktion hat der Senkung der Elternbeiträge sehr gerne zugestimmt. Die Belastung der Familien mit Kitagebühren, die zu den höchsten in NRW gehören war längst überfällig.“

Die Linksfraktion hat in den letzten Jahren mehrere Initiativen gestartet, um die Elternbeiträge zu senken. Leider wurde mit dem Hinweis auf die schwierige Haushaltslage der Stadt keine Mehrheit im Fachausschuss gefunden.

Dazu Ammann-Hilberath: „Wir fordern den kostenfreien Besuch von Kindertageseinrichtungen für alle Kinder. Wir sehen darin die Grundlage für eine gute frühkindliche Bildung und einen Anteil für mehr Bildungsgerechtigkeit in unserer Stadt.“ Mit großer Freude stellt die Linksfraktion fest, dass die Wichtigkeit des Themas Elternbeiträge auch in den anderen demokratischen Fraktionen erkannt wird.

Ammann-Hilberath weiter: „Wir hoffen, dass die KommunalpolitikerInnen der anderen Fraktionen bei der weiteren Senkung von Elternbeiträgen am Ball bleiben und sich mit uns dafür einsetzen, dass langfristig der Besuch von Kindertageseinrichtungen in Duisburg kostenfrei sein wird.“

PM vom 02.02.2022

## **Schulwechsel nach der vierten Klasse**

Freitag hat es Zeugnisse gegeben, nunmehr wird von den Eltern an der Wunschsche die Anmeldung für die 5. Klasse vollzogen. Abgesehen von dem Chaos zur Frage „Wer darf mit welchen Corona-Schutzmaßnahmen in die Schule und wer nicht?“ ist der Vorgang für viele Beteiligte problematisch.

Nach wie vor gibt es nicht genügend Plätze an den städtischen Gesamtschulen, es wird wie in den letzten Jahren auch Absagen aus Kapazitätsgründen geben.

Die schulpolitische Expertin der Ratsfraktion DIE LINKE Barbara Laakmann, zuletzt Schulleiterin der Alfred-Hitz-Schule in Rheinhausen, sagt dazu:

„Lassen Sie sich nicht entmutigen, die Sache ist noch nicht vorbei. Legen Sie Widerspruch ein bei der Bezirksregierung gegen die Ablehnung. Die Bezirksregierung wird die Ablehnung prüfen und Ihnen einen Bescheid schicken. Wenn dieser wieder negativ ist, können Sie vor dem Verwaltungsgericht klagen. Der Klageweg führt in den meisten Fällen zum Erfolg.

Und keine Sorge: Ihr Kind wird einen Platz an der Schule bekommen, auch wenn sich das Ganze ein bisschen hinzieht.“

Barbara Laakmann bietet Beratung und Unterstützung an, schreiben Sie an:

[barbara.laakmann@dielinke-du.de](mailto:barbara.laakmann@dielinke-du.de)

PM vom 04.02.2022

## **LINKE bleibt konsequent – Klinikum gehört in öffentliche Hand**

Seit vielen Jahren gibt es in Deutschland den Trend zur Privatisierung von Krankenhäusern.

Die Folgen von Krankenhausprivatisierungen sind seit Jahren bekannt: Personalabbau, Tarifflicht, schlechtere Arbeitsbedingungen, geringere Löhne, mehr Stress für Ärzte, Pflegerinnen und medizinisch-technisches Personal. Auch in Duisburg wurde das städtische Klinikum privatisiert und an den Sana-Konzern verkauft. Im ersten Schritt wurde der gesamte Service-Bereich ausgegliedert. Nun meldet sich die SPD zu Wort und fordert eine Rekommunalisierung des Klinikums.

Hierzu erklärt Erkan Kocalar, Fraktionsvorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE: „Auch in Duisburg hat man sich trotz der bekannten unerwünschten Nebenwirkungen für die Privatisierung des Klinikums entschieden. Dass nun die SPD eine Rekommunalisierung fordert ist begrüßenswert. Allerdings fehlt uns in der öffentlichen Diskussion ein Blick auf die Hintergründe.“

Verantwortlich für die Privatisierung sind nämlich SPD, CDU und Grüne, die mit ihren jeweiligen Mehrheiten im Rat dafür sorgten, dass das Klinikum in zwei Schritten privatisiert wurde. Mit den Stimmen von CDU und Grünen im Rat veräußerte die Stadt im Jahr 2007 49 % der Anteile des Klinikums an die Sana Kliniken AG. In der Zeit der rot-rot-grünen Kooperation im Duisburger Rat in den Jahren 2010-2014 sind keine weiteren Anteile des Klinikums veräußert worden. Denn DIE LINKE stellte von Anfang an klar, dass es mit ihr in einer Kooperation keine Privatisierungen geben werde. Im Jahr 2015 ging dann allerdings die Privatisierung des Klinikums in die nächste Runde. Diesmal waren es SPD und CDU, die mit ihrer Ratsmehrheit dafür sorgten, dass weitere 50 % an Sana verkauft wurden. Damit hält die Stadt aktuell nur noch 1 % an dem Sana-Krankenhaus.“

Die SPD begründet ihre Forderung nach Rekommunalisierung mit den nicht getätigten Investitionen des Sana-Konzerns.

Hierzu Kocalar: „Nicht nur fehlende Investitionen, mit all ihren negativen Auswirkungen, sind ein großes Problem nach der Privatisierung. Insbesondere die Belegschaft leidet erheblich unter dem Profitstreben des Sana-Konzerns. Durch immer neue Ausgliederungen werden ursprünglich gute Tarifverträge ausgehebelt und Mitarbeitende müssen zu deutlich schlechteren Konditionen die gleiche oder noch mehr Arbeit leisten. Betriebsräten wird ihre Arbeit nahezu unmöglich gemacht. Außerdem werden Kündigungen ausgesprochen und langjährige Beschäftigte stehen von einem auf den anderen Tag vor dem Nichts. Vor all diesen negativen Folgen hat DIE LINKE gewarnt aber SPD, CDU und Grüne haben mit ihren jeweiligen Mehrheiten sehenden Auges diesen Weg eingeschlagen.

Die Privatisierung des Gesundheitssystems ist grundsätzlich ein Irrweg. Statt Profit muss hier die Gesundheit der Menschen im Mittelpunkt stehen. Das hat sich insbesondere während der Corona-Pandemie noch einmal ganz deutlich gezeigt. Krankenhäuser gehören nicht in private Hände. Wir stehen zu unserem Wort und werden alle Bemühungen unterstützen, das Klinikum wieder in öffentlichen Besitz zu bringen. Nun ist die SPD gefordert und sollte einen Antrag einbringen, den wir gerne mittragen werden. Sollte die Stadt nicht in der Lage sein, das Klinikum zu übernehmen, muss das Land einspringen.“

PM vom 04.02.2022

## **LINKE will Duisburg zur Solarstadt entwickeln**

DIE LINKE möchte in der kommenden Ratssitzung mit einem Antrag den Wirtschafts- und Technologiestandort Duisburg stärken.

Die Stadt soll zu einem Zentrum für Solarenergie werden. DIE LINKE macht in ihrem Antrag eine Reihe konkreter Vorschläge, wie dies gelingen könnte. So fordert sie, dass die neue Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (DBI) eine kommunale Solarstrategie erarbeitet. Die Entwicklung und Umsetzung der Solarstrategie soll in engem Austausch mit der Stadt Duisburg, den städtischen Beteiligungen (z.B. Stadtwerken, Hafen AG, Gebag), Akteuren aus Wissenschaft und Forschung (UDE) und weiteren (IHK, Handwerkerschaft) erfolgen. Zentraler Aspekt der Solarstrategie soll die Ansiedlung von Unternehmen sein sowie die Ausbildung von Fachleuten rund um das Thema Solartechnologie. Zusätzlich soll der Aufbau eines Solarenergie-Kompetenzzentrums geprüft werden. DIE LINKE schlägt vor, dafür bei der DBI zusätzliche Stellen zur Umsetzung der Solarstrategie einzurichten.

Erkan Kocalar, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, erklärt: „Wir brauchen weitere Impulse, um den Wirtschaftsstandort Duisburg vor allem im Bereich der Zukunftstechnologien zu entwickeln. Am massiven Ausbau der Solarenergie in den nächsten Jahrzehnten führt kein Weg vorbei. Der wachsende Strombedarf ist ohne eine Vervielfachung der Solarenergie nicht klimafreundlich zu erreichen. Wir sollten die aktuelle Aufbruchsstimmung in der Solarbranche nutzen. Die Etablierung und der Ausbau der Zukunftsenergie Photovoltaik bieten große Potenziale für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Duisburg. Ob neue Zelltechnologien, der Einsatz von Solarmodulen in der Gebäudehülle (BIPV-Module), PV-Folien, Solardachziegel, organische Solarzellen oder Speicher, die Forschungslandschaft in der Solarbranche ist seit Jahren stark in Bewegung. Mit der Entwicklung einer kommunalen Solarstrategie könnte der Grundstein gelegt werden, um an einem der wichtigsten Wachstumsmärkte für Zukunftsenergien teilzuhaben und die lokale Wertschöpfung in Duisburg zu erhöhen. Die Solarenergie ist eine Schlüsseltechnologie. Eine Vielzahl von Arbeitsplätzen könnte in den nächsten Jahren in Duisburg entstehen, angefangen bei hochqualifizierten Jobs in Wissenschaft und Forschung, über Stellen in Unternehmen zur Fertigung von PV-Anlagen oder Speicherelementen bis hin zu handwerklichen Tätigkeiten im Bereich der Installation von Solarmodulen.“

Zum Antrag "Solarstadt" an den Rat der Stadt Duisburg

PM vom 08.02.2022

## **LINKE bekämpft Energiearmut**

Im Jahr 2022 werden viele Duisburgerinnen und Duisburger unter den stark steigenden Energiepreisen leiden. Viele Energieversorger haben ihre Preise schon deutlich erhöht oder werden dies in Kürze umsetzen.

Hierzu erklärt Carmen Hornung-Jahn, Ratsfrau der Linksfraktion: „Einige Energieversorger haben ihren Kunden gekündigt und diese sind nun automatisch zum Grundversorger gewechselt. Für diese Neukunden gelten teilweise teurere Verträge. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher werden die Preissteigerungen allerdings erst im Laufe des Jahres zu spüren bekommen. Dann erfolgen die Abrechnungen und es drohen Nachzahlungen bzw. deutlich höhere Abschläge.

Von diesen steigenden Energiepreisen sind alle Menschen betroffen. Insbesondere Geringverdiener und Transferleistungsbeziehende trifft es allerdings besonders hart. Daher ist eine Schuldenübernahme für Transferleistungsbeziehende sowie die Anhebung der Nichtprüfungsgrenze für Heizkosten ein erster wichtiger Schritt zur Abfederung der Auswirkungen der stark steigenden Energiepreise. Dies wollen wir mit einem entsprechenden Ratsantrag umsetzen.

Gerade Hartz IV-Beziehern wäre schon geholfen, wenn das Jobcenter die offenen Forderungen bei den Energieversorgern übernehmen und in kleinsten Raten einbehalten würde. Hier ist es auf gar keinen Fall mit einer einmaligen Zahlung für Mitbürger mit geringem Einkommen getan. Bei jeder Erhöhung der Energiepreise müssen Hartz IV, Wohngeld, Bafög, Asylleistungen und Kindergeldzuschlag auch erhöht werden.



Der Hartz IV-Satz oder die Grundsicherung im Alter sind für die Betroffenen vom Grundsatz her schon viel zu gering. Die Betroffenen leben schon unterhalb der Armutsgrenze. Mit hohen Energiekosten, die nicht durch höhere Sätze ausgeglichen werden, müssten die Betroffenen noch weitere finanzielle Einbußen aushalten, was für uns inakzeptabel ist. Daher fordern wir den Rat in der kommenden Sitzung zum Handeln auf und hoffen auf Unterstützung für unseren Antrag.“

PM vom 10.02.2022

## **Stellungnahme Taskforce**

Wieder einmal war Task Force in Duisburg unterwegs. Wieder einmal wurde ein Wohngebäude in der Gravelottestraße geräumt. Waren es vor einem Jahr vor allem Duisburgerinnen und Duisburger aus Bulgarien, die innerhalb von vier Stunden ihre Wohnungen in den Häusern der Gravelottestraße 51, 52 und 53 verlassen mussten, sind es diesmal vor allem Duisburgerinnen und Duisburger aus Rumänien.

Diskriminierungserfahrungen gehören für diese Menschen zum Alltag. In Rumänien und Bulgarien haben die Menschen vielfältige Diskriminierungen erfahren. Hier in Deutschland setzen sich diese Erfahrungen sowohl von staatlicher als auch von privater Seite fort. Der Oberbürgermeister der Stadt Duisburg unterstellt den bulgarischen und rumänischen Menschen in der Öffentlichkeit pauschal Sozialleistungsbetrug. Der Sozialrechtler Harald Thomé berichtet über eine 30-seitige „Arbeitshilfe“, die an die Jobcenter herausgegeben wurde, deren Ziel die Erkennung von vermeintlichem „Missbrauch von Sozialleistungen“ ist. Die Einschätzung von Thomé ist eindeutig: Die Arbeitshilfe führe zu gezielter Stigmatisierung und Kriminalisierung und diene dazu großen Gruppen von Unionsbürger\*innen in prekären, ungeschützten Arbeitsverhältnissen die aufstockenden SGB-II-Leistungen zu verweigern.

Auch der private Wohnungsmarkt bleibt für diese Menschen versperrt. Wohnungen in bessergestellten Stadtteilen wie Buchholz, Wedau oder Mündelheim sind für diese Menschen unerreichbar. Eilige Versuche von Helfern am gestrigen Tag, kurzfristig Wohnungen für die aus den Häusern vertriebenen Bewohnerinnen und Bewohnern zu finden, scheiterten. Auch hier die Begründung: Wir vermieten nicht an Bulgaren und Rumänen. Die Vorurteile sind allgegenwärtig. So sind es hauptsächlich Menschen aus Bulgarien und Rumänien, die ihre Wohnungen verlassen müssen.

Der Grund für die Räumungen ist immer der Gleiche: fehlende Einhaltung von Brandschutzbestimmungen, die sofortiges Handeln erfordern. Gefahr in Verzug, wie es so schön heißt. Man müsse das Leben der Menschen schützen. Die Räumungen sind jedes Mal gut begründet: Holztreppe im Treppenhaus, fehlende Fluchtwege, fehlende Brandschutztüren, Brandlasten im Treppenhaus (z.B. ein Regal, ein Kinderwagen) oder nicht zu öffnende Fenster im Treppenhaus.

Ausgeblieben ist allerdings bisher eine Diskussion darüber, dass ein großer Teil der 79.000 Wohngebäude in Duisburg eine Holztreppe besitzt, keine ordnungsgemäßen Brandschutztüren oder Fluchtwege vorzuweisen hat. Nach der Task Force-Räumung der Häuser in der Gravelottestraße 51-53 am 04.03.2021 stellte DIE LINKE Duisburg eine Anfrage dazu im Rat der Stadt. Fast ein Jahr musste die Linksfraktion auf die Antwort warten. Auf die Vermutung, dass tausende Wohngebäude eklatante Brandschutzmängel aufweisen dürften, wodurch eine evtl. sofortige Untersagung der Nutzung zwingend erforderlich würde, um

eine Gefahr für Leib und Leben abzuwenden, antwortet die Verwaltung lapidar, dass es keine Erkenntnisse dazu gebe. Auf die Frage, warum es keine systematische Erfassung gebe, gab die Verwaltung keine Antwort. Ebenso vermied die Verwaltung eine Antwort auf die Frage, mit welchen Sofortmaßnahmen die Stadt reagieren wird, um die potenziellen lebensgefährlichen, eklatanten Brandschutzmängel in dem Duisburger Wohnungsbestand schnellstmöglich zu beheben. Hier muss die Verwaltung konsequenterweise umgehend Vorschläge erarbeiten, um zukünftige Tragödien zu verhindern.

Doch diese technischen Details, helfen den Menschen, die ihre Wohnungen in der Gravelottestraße 39 nun Hals über Kopf verlassen mussten, aktuell nicht weiter. Am schlimmsten ist die Situation für die Kinder. Gerade die Kinder befinden sich in einer seelischen Ausnahmesituation. Eine betroffene Mutter beklagte, dass ihre Kinder die ganze Nacht geweint hätten. Es ist beschämend, dass der Oberbürgermeister Link es zulässt, dass Familien - von den 55 geräumten Bewohnerinnen und Bewohnern sollen etwa die Hälfte Kinder sein - in eine absolut existenzielle Notlage gebracht werden. Als wäre der unvermittelte Verlust der Wohnung nicht schon schlimm genug, werden den Bewohnerinnen und Bewohnern mit der Räumung auch noch die Transferleistungen, wie Hartz IV und Kindergeld entzogen. Denn um Leistungen vom Staat zu erhalten, benötigt man eine offizielle Meldeadresse. Mit der Räumung werden die Bewohnerinnen und Bewohner abgemeldet, wodurch der Anspruch auf Transferleistungen vorerst erlischt.

Auch eine Notunterkunft ist für viele keine Option. Denn die allgegenwärtigen Diskriminierungserfahrungen haben die Menschen tief geprägt, was das Misstrauen gegenüber dem Staat verstärkt. Die Furcht gegenüber den staatlichen Institutionen ist so hoch, dass die Familien sich nicht einmal trauen in die Notunterkünfte zu gehen, weil sie befürchten, dass ihnen die Kinder weggenommen werden. Und diejenigen, die sich doch in eine Notunterkunft trauen, wurden in die Voßbuschstraße verwiesen. Dazu muss man wissen, die Voßbuschstraße liegt im äußersten Norden von Duisburg, mehr als 13 km von den aktuell geräumten Wohnungen entfernt. Die Kinder, die bisher also wohnortnah in die Kita oder die Schule gingen, müssen nun über eine Stunde mit dem ÖPNV zurücklegen.

Und immer wieder sind es die Kinder, die am meisten unter der Vorgehensweise leiden. Sie verlieren ihre Wohnung, ihr soziales Umfeld und oftmals ihren Kita- oder Schulplatz. Die Verwaltung gibt in der Anfrage der LINKEN freimütig zu, dass sie keine Kenntnis vom Verbleib der Kinder hat, die sich nicht in einer Notunterkunft melden.

Dabei könnte man diese menschlichen Tragödien so leicht verhindern. Andere Städte wie Dortmund machen es vor. In Dortmund besteht für derartige Fälle ein Wohnraumvorhalteprogramm. Und auch Duisburg hat bereits bewiesen, dass es anders gehen könnte. Als im Jahr 2019 die Häuser der Husemannstraße 1 und 3 in Hochheide aus Brandschutzgründen geräumt wurden, wurde den damaligen Bewohnerinnen und Bewohnern über das Amt für Wohnen 600 Wohnungen zur Auswahl angeboten, die sie, so die Aussagen, noch am selben Tag hätten beziehen können. Aber das wiederum, waren auch keine bulgarischen und rumänischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Nichts rechtfertigt die Vorgehensweise der Stadt Duisburg. Es gäbe Alternativen. Die Stadt hat eine Verantwortung gegenüber den Kindern. Wir erwarten vom Oberbürgermeister, dass er diese unsägliche Vertreibungspolitik beendet. Die Menschen aus den geräumten Häusern haben das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung, auf gesellschaftliche Teilhabe und ein Leben ohne Angst.

PM vom 10.02.2022

## **LINKE fragt nach Baumschutzsatzung**

Seit Jahren erhitzt die Abschaffung der Baumschutzsatzung durch SPD und CDU die Gemüter in Duisburg. Im vergangenen Jahr schien nun Bewegung in das sehr emotionale Thema zu kommen, nachdem die Verwaltung durchblicken ließ, dass eine Baumschutzsatzung auf den Weg gebracht werde. DIE LINKE hakt nun nach und stellt in der kommenden Ratssitzung am 14.02.2022 eine Anfrage zur Einführung der Baumschutzsatzung.

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Erkan Kocalar, erklärt dazu: „Das Fehlen einer Baumschutzsatzung steht sinnbildlich für den Stillstand in der Klimaschutzpolitik in Duisburg. Wir erwarten, dass jetzt endlich etwas passiert. Vor einem Jahr haben wir zuletzt die Einführung einer Baumschutzsatzung beantragt. Damals teilte uns die Verwaltung mit, dass eine Baumschutzsatzung in Arbeit sei und diese den Gremien im September 2021 vorgelegt werden würde. Jetzt schreiben wir mittlerweile das Jahr 2022 und bisher haben wir keinerlei Kenntnis über den aktuellen Stand der angekündigten neuen Baumschutzsatzung. Aus diesem Grund bitten wir die Verwaltung um eine Auskunft, wann die Satzung den politischen Gremien zur Beratung vorgelegt wird.“

### Zur Anfrage...

PM vom 11.02.2022

## **LINKE: Kinder nicht leiden lassen durch Task Force-Einsatz**

Es sind erschütternde Szenen. Kinder, die mit ihren eilig in blauen Säcken zusammengepackten Habseligkeiten ein Haus in der Gravelottestraße verlassen. Verzweifelte Mütter, die ratlos auf der Straße stehen. Väter, die hilfeschend beliebige Menschen auf der Straße ansprechen und nach einer Wohnung fragen. Es sind Szenen, an die man sich nie gewöhnen wird. Auch wenn es in Duisburg seit Jahren immer mal wieder zum Alltag gehört. Wieder einmal war die Task Force in Duisburg unterwegs. Wieder einmal wurde ein Wohngebäude in der Gravelottestraße geräumt.

Hierzu erklärt Barbara Laakmann, Ratsfrau für DIE LINKE: „Am schlimmsten ist die Situation für die Kinder. Gerade die Kinder befinden sich in einer seelischen Ausnahmesituation. Eine betroffene Mutter beklagt, dass ihre Kinder die ganze Nacht geweint hätten. Und als wäre der plötzliche Verlust der Wohnung nicht schon schlimm genug, werden den Bewohnerinnen und Bewohnern mit der Räumung auch noch die Transferleistungen wie Hartz IV und Kindergeld entzogen. Mit der Räumung werden die Bewohnerinnen und Bewohner amtlich abgemeldet, wodurch der Anspruch auf Transferleistungen vorerst erlischt. Sie existieren sozusagen gar nicht mehr. Auch die Schulpflicht für die Kinder ist aufgehoben, jedenfalls macht die Verwaltung in ihrer Antwort auf unsere Anfrage im April 2021 deutlich, dass sie nichts über den Verbleib der Kinder weiß, da sie nicht gemeldet sind.“

Sie sind vielleicht gerade in der Schule angekommen und haben eine Orientierung gefunden, fangen an zu lernen, Deutsch zu lernen, und nun dies! Die angebotene Notunterkunft in der Voßbuschstraße bedeutet eine Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln von mehr als einer Stunde einschließlich umsteigen. Das sollen 7jährige Kinder schaffen? Und die Fahrkarte? Wer berät die Eltern zur Frage des Antrags auf ein Schokoticket? Oder sollen die Kinder in Evangelische Grundschule in Baerl gehen, die ohnehin am Limit ist?

Durch das Vorgehen der Task Force soll Leben gerettet werden. Bei eklatanten Brandschutzmängeln muss die Stadt deshalb eingreifen. Es wird aber in Kauf genommen, diesen Kindern die ohnehin schwierige Perspektive auf Schule, Abschluss, Ausbildung und Arbeit zu verbauen. Das ist zutiefst inhuman. Alle diese Kinder verdienen eine Perspektive, sie verdienen es, in Sicherheit lernen und spielen zu dürfen. Wie es alle Kinder verdienen. Nur so können sie sich zu dem entwickeln, was die bundesrepublikanische Gesellschaft dringend braucht: Menschen die arbeiten, Steuern zahlen, dieses Land als ihre Heimat betrachten und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten beteiligen.“

PM vom 14.02.2022

## **One Billion Rising 2022 – Gegen Gewalt an Frauen und Mädchen**

Auch in diesem Jahr wird der „One Billion Rising“ Aktionstag am 14.2. stattfinden, der sich weltweit für ein Ende der Gewalt gegen Frauen und Mädchen einsetzt. Ein Drittel aller Frauen und Mädchen wird laut statistischer Aussagen der Vereinten Nationen mindestens einmal in ihrem Leben geschlagen oder vergewaltigt. Das sind weltweit eine Milliarde Mädchen und Frauen, auf Englisch „One Billion“.

Die Linksfraktion im Rat der Stadt sieht mit großer Sorge, dass auch in Duisburg die Fälle häuslicher Gewalt zunehmen. Seit vielen Jahren führt die Fraktion regelmäßige Gespräche mit VertreterInnen der Frauenhäuser, SozialarbeiterInnen und der Stadtverwaltung.

Dazu nimmt die stellvertretende Vorsitzende im Gleichstellungsausschuss Martina Ammann-Hilberath Stellung: „Wir befürchten, dass in den zurückliegenden Monaten auch durch die Coronapandemie die Gewalt gegen Frauen und Mädchen massiv zugenommen hat. Die Betroffenen finden weniger Beratungsangebote mit persönlichen Gesprächsmöglichkeiten. Sie sehen weniger Perspektiven, aus ihrer dramatischen häuslichen Gewaltsituation auszubrechen und verharren in Schockstarre in ihrem häuslichen Umfeld.“

Vor wenigen Wochen hat der Gleichstellungsausschuss die Zuschüsse für die Duisburger Frauenhäuser erhöht.

Dazu Ammann-Hilberath: „Die Erhöhung der Mittel für die Frauenhäuser war ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber bei weitem nicht aus, den Bedarf an Schutz vor häuslicher Gewalt und sicherem Wohnen zu decken. Frauenorganisationen und SozialarbeiterInnen halten eine Erhöhung und Verstärkung der städtischen Zuschüsse und eine bessere personelle Ausstattung sowohl in den Frauenberatungsstellen als auch in den Duisburger Frauenhäusern für den besten Weg, um die Spirale der Gewalt für Frauen und Mädchen endlich zu durchbrechen.“

Die Duisburger Linksfraktion wird sich weiterhin für die Verbesserung der Lage der von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen einsetzen und unterstützt den weltweiten Aktionstag.

PM vom 15.02.2022

## **LINKE kritisiert Stillstand in der Klimapolitik**

In der vergangenen Ratssitzung hat DIE LINKE einen Antrag zum Thema Photovoltaik eingebracht. Ziel des Antrages war es, Duisburg zu einer Solarstadt zu entwickeln. Dazu schlug DIE LINKE vor, dass die neue Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (DBI) eine kommunale Solarstrategie erarbeitet.

Die Entwicklung und Umsetzung der Solarstrategie soll in engem Austausch mit der Stadt Duisburg, den städtischen Beteiligungen (z.B. Stadtwerken, Hafen AG, Gebag), Akteuren aus Wissenschaft und Forschung (UDE) und weiteren (IHK, Handwerkerschaft) erfolgen. Zentraler Aspekt der Solarstrategie soll die Ansiedlung von Unternehmen sein sowie die Ausbildung von Fachleuten rund um das Thema Solartechnologie.

Der Antrag stieß bei SPD und CDU jedoch auf keine Resonanz. Martina Ammann-Hilberath, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken, frustriert: „Wieder einmal wurde ein Antrag unserer Fraktion zur Etablierung der Photovoltaiktechnologie in Duisburg von SPD und CDU kommentarlos abgelehnt. Wieder einmal wurde eine wichtige Chance vertan den Technologiestandort Duisburg bei den erneuerbaren Energien zu stärken und dringend notwendige Arbeitsplätze zu schaffen. Zum wiederholten Male wurde versäumt, die Weichen für ein klimafreundliches Duisburg zu stellen. Man muss es so deutlich sagen: Im Hinblick auf den Klimaschutz in Duisburg haben wir es mit einer vollständigen Ignoranz von SPD und CDU sowie dem Oberbürgermeister zu tun.“

Um dieses Urteil zu untermauern berichtet DIE LINKE über eine Anfrage, die die Fraktion zu Photovoltaikanlagen gestellt hat. Die Ergebnisse sind in der Tat ernüchternd. Danach ist seit 2015 nicht eine einzige Photovoltaikanlage auf einem öffentlichen Gebäude installiert worden. Von mehreren hundert Gebäuden im städtischen Besitz sind auf gerade einmal 12 Schulen Photovoltaikanlagen angebracht worden. Auf allen übrigen städtischen Gebäuden erzeugen genau zwei PV-Anlagen grünen Strom. Irritierend zudem, die Stadt hat angeblich keine Kenntnis darüber, auf wie vielen Dächern von Gebäuden städtischer Unternehmen PV-Anlagen installiert sind.

DIE LINKE macht darauf aufmerksam, dass sie seit 2018 etwa zehn Anträge gestellt hat, um Photovoltaik in Duisburg auszubauen und die Klimawende voranzutreiben.

Ammann-Hilberath resigniert: „Es bewegt sich einfach nichts. Es ist zum Verzweifeln. Es fehlt auf der einen Seite am politischen Willen und auf der anderen Seite an einer auskömmlichen Finanzierung Duisburgs. Ich fürchte, solange dieser Oberbürgermeister gemeinsam mit der SPD und CDU im Rat die Mehrheit haben, solange werden wir den Stillstand in der Klimapolitik wohl oder übel weiterhin ertragen müssen. Umso wichtiger ist es, dass wir weiterhin mit verschiedenen Organisationen, Initiativen und Bündnissen wie dem Klimaentscheid für eine klimagerechte Stadt kämpfen.“

PM vom 10.02.2022

## **LINKE setzt sich für weniger LKW-Verkehr und mehr Sicherheit für Radfahrer ein**

In der kommenden Sitzung der BV Mitte bringt DIE LINKE zwei Anträge und eine Anfrage ein, um gefährliche Situationen für Radfahrer zu entschärfen und um die Logistik-Diagonale für Hochfeld wieder ins Spiel zu bringen.

Hierzu erklärt Michael Dubielczyk, Bezirksvertreter für DIE LINKE: „Seit Betriebsaufnahme von Logport (I) in Rheinhausen gibt es die immer weiter zunehmende Problematik des LKW-Verkehrs, nicht nur in Rheinhausen, sondern auch in Hochfeld. Neben der L473n, die den Schwerlastverkehr nach Westen zur A 57 ableiten soll, war dazu die Logistik-Diagonale von der Brücke der Solidarität zur A 40-Anschlussstelle Häfen am Marientor vorgesehen. Leider ist hierzu seit dem ersten Teilabschnitt der Umgehungsstraße Hochfeld (Rudolf Schock-Straße) bis zur Sedanstraße seit mehr als 10 Jahren kein Fortschritt bei Planung und Bau zu erkennen. Dabei sollte die Verbindung von der Rheinbrücke zum Marientor laut Aussage der Stadt im Jahre 2011 trotz aller damals bekannten Probleme bis zum Jahr 2015 umgesetzt werden. (Aussage des damaligen Stadtdirektors Peter Greulich und Ulrich Grupe vom Planungsamt gegenüber der „Rheinischen Post“ vom 26. November 2011.) Auch wenn die geplante Verlängerung der Osttangente auf der linken Rheinseite tatsächlich gebaut werden sollte, würde das mindestens weitere acht Jahre bis zu einer möglichen Entlastung der Straßen Hochfelds bedeuten. Klagen gegen die Osttangente noch nicht eingerechnet.

Auch für die Verkehre innerhalb Hochfelds ist die Vollendung der Umgehungsstraße erforderlich, um die Wanheimer Straße / Heerstraße zu entlasten. Daher fragen wir bei der Verwaltung nach, wie der aktuelle Stand der Umsetzung ist und weshalb es zu solch einer langen Verzögerung kommt.“

Auch die Sicherheit des Radverkehrs steht für DIE LINKE auf der Agenda. Daher wird in der kommenden Sitzung beantragt, die Verkehrsführung bzw. die Ampelschaltung zu verändern.

Dazu Dubielczyk: „Sowohl im Bereich der Abzweigung Kalkweg / Sternbuschweg als auch im Bereich der Baustelle am Hauptbahnhof Osteingang / Neudorfer Straße ist Radfahren momentan äußerst gefährlich. Wir beantragen daher, dass die Verkehrsführung in beiden Bereichen sicherer gestaltet wird. In unseren Anträgen geben wir dazu konkrete Hinweise, wie die Aufhebung der rechten Linksabbiegespur und Schaffung einer reinen Links- und einer Rechtsabbiegespur am Kalkweg. Für die Baustelle am Hauptbahnhof fordern wir die konkrete Einbeziehung des Radverkehrs in die vorübergehende Verkehrsführung.“

# April 2022

PM vom 13.04.2022



## **LINKE fordert auskömmliche Finanzausstattung für Duisburg**

Der Zuzug von tausenden Ukrainerinnen und Ukrainern stellt die Stadt vor große Herausforderungen. Die Menschen aus der Ukraine müssen mit Wohnraum versorgt und in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die Kinder müssen in Kitas und Schulen aufgenommen werden. Diese Aufgabe wiegt umso schwerer, da die Integration der Flüchtlinge auf eine chronisch unterfinanzierte Stadt und ein marodes Schulsystem trifft. Seit Jahren platzen die Schulen aus allen Nähten. Hunderte Duisburger Schülerinnen und Schülern erhalten monatelang keinen Schulplatz, auch ohne den aktuellen Zuzug von Kindern aus der Ukraine.

Erst Corona, jetzt tausende Flüchtlinge aus der Ukraine - die Stadt befindet sich im permanenten Krisenmodus. Der Personalmangel bringt die Mitarbeitenden an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Die Stadt muss raus aus der Spirale immer nur zu reagieren und den Mangel zu verwalten. Während der Coronakrise wurde vielfach gefordert, dass die Kommunen ihre Resilienz erhöhen müssten, also die Fähigkeit der Institutionen, auf fragile Situationen angemessen reagieren und Krisen bewältigen zu können. Für die Krisenprävention sind aber Reserven nötig. Dazu gehören vor allem auch finanzielle Spielräume, die die Stadt aufgrund ihrer Unterfinanzierung nicht besitzt.

Von jeder Krise, ob nun Finanzkrise, Flüchtlingskrise 2015, Coronakrise, Flüchtlingskrise 2022 oder Klimakrise sind die Kommunen in besonderem Maße betroffen und ein wichtiger Akteur bei der Krisenbewältigung. Trotzdem bleiben die Kommunen bei jeder Krise auf einem Großteil der Kosten sitzen. Die Bewältigung der finanziellen Auswirkungen der Coronakrise wird die Stadt noch Jahre beschäftigen. Hunderte Millionen Euro an coronabedingten Schulden wird die Stadt über einen Schattenhaushalt an die nachfolgenden Generationen weitergeben.

Es ist begrüßenswert, dass die Flüchtlinge aus der Ukraine ab Juni Leistungen nach dem SGB II erhalten können und der Bund zusätzlich zwei Milliarden Euro für die Kosten der Unterkunft (KdU), Lebenshaltungskosten und für übrige Aufwendungen (Kinderbetreuung, Schule, Gesundheit, Pflege) zur Verfügung stellt. Doch schon jetzt ist absehbar, dass die Kosten zur Kinderbetreuung, Schule, Pflege sowie Personal und Verwaltungsaufgaben nicht ausreichen werden. Außerdem fehlt eine dauerhafte und nachhaltige finanzielle Unterstützung durch den Bund.

Erkan Kocalar, Fraktionsvorsitzender der Linken, mahnt: „Die Finanzausstattung Duisburgs muss unbedingt verbessert werden. Aufgaben, die vom Bund und Land auf die Kommunen übertragen werden, müssen auch von der Bundes- und Landesebene finanziert werden. Der Bund muss 100 % der Kosten für die Unterkunft für Hartz IV-Bezieherinnen und -Bezieher übernehmen. Das würde den städtischen Haushalt um weitere 50 Millionen Euro pro Jahr entlasten. Nicht zuletzt ist die Übernahme der Altschulden dringend notwendig. Bisher haben alle Regierungsparteien auf Bundes- und Landesebene trotz anderslautender Versprechungen bei der Lösung des Altschuldenproblems versagt.“